

Begleitheft  
zur  
Ausstellung

# DAS NSU-NETZWERK

Staat und Nazis Hand in Hand - Fakten und Hintergründe

## Editorial

In Nürnberg begann am 9. September 2000 die Mordserie des NSU-Netzwerkes und 2 weitere Morde wurden hier verübt. Bereits am 23. Juni 1999 explodierte in der Gaststätte „Sunshine“ in Nürnberg ein Sprengsatz, der ebenfalls dem NSU-Netzwerk zugeordnet wird und bei dem ein 18-Jähriger an Gesicht und Oberkörper verletzt wurde.

Auch wir, das Antifaschistische Aktionsbündnis Nürnberg, haben diese Taten damals nicht mit Neonazis in Verbindung gebracht. Das ist für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich, niemals zu vergessen und heute mehr denn je, aktiv gegen RassistInnen, FaschistInnen und Menschenverachtung einzustehen. Aus dieser Verpflichtung heraus entstand diese Ausstellung mit insgesamt 8 Tafeln, auf denen wir das NSU-Netzwerk und seine Hintergründe darstellen.

Die von uns zusammengetragenen Fakten und Erkenntnisse sind öffentlich zugänglich und nachprüfbar. Wir haben kein umfangreiches Quellenverzeichnis erstellt, weil wir die Ausstellung nicht als wissenschaftliche Arbeit, sondern als politisches Statement konzipiert haben.

Es ist offensichtlich, dass Bundesanwaltschaft und Geheimdienste die Aufklärung behindern und die Wahrheit nicht ermitteln wollen. Es sind kritische JournalistInnen, die NebenklageanwältInnen, politische AktivistInnen und linke Medien, die mit ihren Recherchen und Veröffentlichungen der Wahrheit auf der Spur sind. Wir zeichnen Erkenntnisse und Indizien nach und benennen sie. Wir zählen 1 und 1 zusammen und kommen durch unsere Analyse zu Schlüssen, die Polizei, Ermittlungsbehörden und Mainstreammedien aus naheliegenden Gründen ablehnen: Staatliche Stellen arbeiten nachweislich mit militanten Nazis zusammen, unterstützen sie, finanzieren sie, beschützen sie, bauen ihre Strukturen mit auf und helfen ihnen sogar dann noch, wenn es um Mord geht.

Die Ausstellung befasst sich mit den Tätern und dem „Netzwerk von Kameraden“, wie sich der NSU in seiner Bekenner-DVD selbst bezeichnet. Die Tafeln bringen schlaglichtartig einzelne Themenbereiche des NSU-Komplexes auf den Punkt. Dabei muss vieles unter den Tisch fallen, was wichtig und erwähnenswert wäre. Der gesamte Themenbereich, der sich mit den Opfern des NSU befasst, wurde von uns ausgeklammert, weil es hierzu bereits eine hervorragende Wanderausstellung des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) gibt („Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“, [www.opfer-des-nsu.de](http://www.opfer-des-nsu.de)).

Ein weiterer wichtiger Punkt muss ebenfalls unter den Tisch fallen: Es wäre hochinteressant, würde allerdings den Rahmen sprengen, auf aktuelle Verbindungen staatlicher Stellen mit Nazis einzugehen. Ein Beispiel, die so genannte „Gruppe Freital“, soll dennoch wenigstens hier im Editorial erwähnt werden. Diese Nazi-Gruppe wurde im Juli 2015 gegründet und war von mindestens einem Polizeibeamten infiltriert. Dieser berichtete nach einem Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft, aber noch vor dem Angriff auf ein linkes Wohnprojekt in Dresden, über die Vorbereitungen zu diesem Anschlag. Es gibt vom Tag des Anschlages auf dieses Projekt Protokolle einer Telefonüberwachung. Darin geht es um 4 Flaschen Buttersäure, die schweren Böller Cobra 6 und 12 und wörtlich: „da wollen wir die Zeckenbude stürmen.“ Die Tatwerkzeuge waren klar, der Ort benannt und ein Polizeibeamter am Tatort beteiligt – ohne Folgen. Diese Anschläge und noch ein weiterer können von den Nazis problemlos verübt werden. Erst als die öffentliche Meinung sich gegen Geflüchtete gewendet hat, als die weitere Verschärfung des Asylrechts und das Anti-Flüchtlings-Abkommen mit der Türkei in trockenen Tüchern ist, lässt die Bundesanwaltschaft verhaften.

Wenn der Neonazi seine Schuldigkeit getan hat, kann er auch schon einmal vor Gericht landen. Aber keinesfalls vorher. So weit geht das Aufklärungsinteresse der staatlichen Organe nicht. Oder wie es am Ende der Ausstellung heißt: „Auf diesen Staat brauchen wir im Kampf gegen Nazis nicht zu hoffen. Gegen Nazis hilft nur eines: Organisiert euch, leistet Widerstand!“

Redaktionsschluss für die Ausstellungstafeln war März 2016, für dieses Begleitheft Juni 2016. Wir werden die Ausstellung demnächst im Internet unter der Adresse [redside.tk](http://redside.tk) als PDF-Datei zum Download bereitstellen und versuchen, sie so aktuell wie möglich zu ergänzen.

Für Ausleihen, Präsentationen, Veranstaltungen, Anmerkungen, Druckfehlerhinweise, etc. sind wir immer dankbar.  
E-Mail: [aabnbg@web.de](mailto:aabnbg@web.de)

Mit antifaschistischen Grüßen

Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg

# Wurzeln des NSU – politisches Interesse/Rolle der Medien

Am Anfang der 90er Jahre wurde eine Asyldebatte entfacht. Diese Kampagne steuerten nicht neonazistische Organisationen, sondern wurde von den etablierten Parteien und fast allen bürgerlichen Medien ins Leben gerufen:

**„Wir können nicht der Lastesel für die Armen der Welt sein (...). Glauben Sie denn, daß die ruhig hinnehmen werden, wenn Millionen Ausländer ungeordnet in unser Land fluten?“**

(Georg Kronawitter, SPD, im Spiegel-Gespräch 7.9.1992)

**„Die Grenze der Belastbarkeit ... überschritten...“**

(Helmut Kohl, CDU, damaliger Bundeskanzler auf dem CDU-Sonderparteitag in Düsseldorf 1992)

**„Fast jede Minute ein neuer Asylant – Die Flut steigt, wann sinkt das Boot?“**

(BILD-Zeitung, 2.4.1992)

**„Ansturm der Armen“**

(Spiegel-Aufmacher 37/1991)

## Derart medial angeheizt zog eine Pogrom-Welle durch das wiedervereinigte Deutschland

Zum Inbegriff einer mörderischen Allianz von Medien, Politik und großen Teilen der Gesellschaft mit FaschistInnen, RassistInnen und reaktionären KleinbürgerInnen wurde Rostock-Lichtenhagen 1992. Als dort ein Flüchtlingsheim tagelang belagert wurde und schließlich lichterloh brannte, machten bereitstehende Hundertschaften der Polizei „Pause“ bzw. „Schichtwechsel“.



Der Auffassung zu sein, dass hier Menschen leben, „die zu viel sind“, die „hier nichts zu suchen haben“, ist keine neonazistische Erfindung, sondern der breite, parteiübergreifende Konsens mit dem der Deutsche Bundestag mit einer 2/3-Mehrheit am 26.5.1993 die de facto-Abschaffung des Asylrechts beschloss.

In diesem gesellschaftlichen Klima gründeten sich militante Nazikameradschaften wie der „Thüringer Heimatschutz“ (THS), aus dem später das Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hervorging.

Der Rassismus eines Thilo Sarrazin zielte zwischenzeitlich nicht so sehr auf die Kommenden ab, sondern vornehmlich auf die lange Angekommenen („Deutsche mit Migrationshintergrund“). Mittlerweile geht es wieder um Geflüchtete: Die „Mauer um Europa“, „Sicherung der EU-Außengrenzen“, „Abschottung“ und „Obergrenzen“ stehen heute als Stichworte für den Rassismus sogenannter „besorgter Bürger“ im Diskurs von Medien und Politik hoch im Kurs. Mit der gleichen Manier, wie in den 90er Jahren der Mob gegen Flüchtlingsheime mobilisiert werden konnte, wird er heute in Form von Pegida-Aufmärschen und AfD-Hetze von der Leine gelassen. Auch die Resultate sind in vielfacher Hinsicht dieselben:

...während bald jede Nacht eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen oder abgefackelt wird, finden sich etablierte PolitikerInnen und Medien jeder Couleur, die vom Verständnis für die „berechtigten Sorgen“ der BürgerInnen faseln, ...im Windschatten werden rassistische Sondergesetze, Sonderabschiebelager und weitere Asylrechtsverschärfungen beschlossen,

...soziale Grausamkeiten wie CETA und TTIP, sollen durchgewunken werden,

...Bundeswehreinätze, die Fluchtgründe oft erst verursachen, werden im Rekordtempo durch die Parlamente gepeitscht.

Vor dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftlichen Rechts-Entwicklungen (Sozialkürzungen, Hartz IV, Abschaffung des Asylrechts, bis hin zur Ausrufung „national-befreiter Zonen“ durch Neonazis) problematisierte die gängige Medienlandschaft zu keiner Zeit das rassistische Ermittlungsschema der Polizeibehörden. Fernab journalistischer Sorgfaltspflicht wurde über „Dönermorde“ und „Ausländerkriminalität“ schwadroniert und wurden Presseerklärungen jener unsäglichen „Soko Bosphorus“ eifrig abgetippt. 13 Jahre lang hat die mediale Öffentlichkeit die Opfer nicht in Schutz genommen, 13 Jahre lang dauerten die Unterstellungen an, sie und/oder ihre Angehörigen hätten etwas mit den Morden zu tun, hätten irgendwie selbst (Mit-)Schuld.

Während sich die Presse zum Prozessauftritt unisono über das Hosenkleid (!) von Beate Zschäpe echauffierte („der Teufel in schwarz...“, BILD; „sieht so das Böse aus?“, FR), ist die haarsträubende und einem logischem Denken entzogene Festlegung der Staatsanwaltschaft, das Netzwerk NSU bestehe lediglich aus drei Menschen, auf der Pressekonferenz des OLG München zum Verhandlungsauftritt keine Aufregung wert.

Eine Veränderung der Berichterstattung von staatstragend zu aufklärend findet also auch nach der Selbstaufdeckung des NSU-Netzwerks nicht wirklich statt.

Kein Verfassungsschutz, kein Innenministerium, kein MAD, keine Polizeibehörde werden vor Gericht stehen, sondern genau 5 Neonazis.

Alles andere kann man sich wünschen, wäre aber nicht Gegenstand des Verfahrens:

**„Wir haben bisher noch keinen Hinweis auf lokale Unterstützer, auch noch keine Hinweise auf die Verstrickung staatlicher Behörden gefunden.“**

(Bundesanwalt Herbert Diemer, aus der Presseerklärung des OLG München nach dem Verhandlungsauftritt)

Auch die systematischen Vertuschungen, die Falschaussagen, die Vernichtung von Beweismitteln, die in diversen Behörden vorgenommen wurden, werden nicht Gegenstand dieses Prozesses sein:

**„Gegenstand sind die angeklagten Personen und Taten: Ziel kann es nicht sein, mögliche Versäumnisse bei Ermittlungen aufzuklären.“** (aus obiger Presseerklärung)

Das heißt im Klartext: Grundlage dieses Prozesses ist eine manipulierte Beweislage. Aber das stört das Magazin „Spiegel“ überhaupt nicht und es zieht fröhlich Zwischenbilanz:

**„Rasant Richtung Wahrheit“** (Spiegel 7.8.2013)

Die beteiligten Innenminister, die Verfassungsschutz- und Polizeibehörden haben es 13 Jahre lang geschafft, eine beispiellose Serie an Banküberfällen, Bombenattentaten und Morden

1. den Opfern der Gewalt in die Schuhe zu schieben und
2. die Nazi-UnterstützerInnen zu finanzieren und am Tatort anwesende, verbeamtete (!) Verfassungsschützer vor Ermittlungen zu schützen.

Kurz: Diejenigen, die aus rechtsstaatlicher Sicht mindestens wegen Beihilfe auf der Anklagebank Platz nehmen müssten, sind die Profiteure: mehr Geld, mehr Überwachung, mehr Personal, Aufhebung des Trennungsgebots von Geheimdienst und Polizei etc.

Die bürgerlichen Medien setzten ihre unrühmliche Rolle als Sprachrohr der PressesprecherInnen von Regierung und Exekutive fort und begleiten den Abbau von Freiheitsrechten journalistisch unter der Parole: „verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.“

**„Unsere Aufgabe muss es daher sein, weiterhin die Abschaffung der Geheimdienste einzufordern und nur auf unsere eigene antifaschistische Kraft zu vertrauen.“**

# Verbindungen des NSU nach Mittelfranken/Nürnberg

Die **Fränkische Aktionsfront (FAF)** war in den Jahren 2000–2004 die wichtigste Kameradschaftsstruktur im mittelfränkischen Raum. Hauptakteure waren die bis heute aktiven Nazi-Kader **Matthias Fischer**, **Norman Kempken** und **Lutz Passon**.

Ein Hauptbetätigungsfeld der FAF war die Anti-Antifa-Arbeit. Dabei arbeitete sie mit der NPD, den Jungen Nationaldemokraten (JN) und mit Aktivisten des in Deutschland verbotenen Blood&Honour-Netzwerkes zusammen. Bis zu ihrem Verbot am 22.01.2004 gab es in mehreren Städten und Landkreisen größere und aktive Kameradschaften, die in der FAF eingebunden waren. Nach dem Verbot der FAF organisierten sich die betroffenen Neonazis im bayerischen Bezirksverband der NPD bzw. JN. Nach internen Machtkämpfen gründeten Teile von ihnen das Freie Netz Süd (FNS).



FAF-Demonstration

Innerhalb Süddeutschlands entwickelte sich das **Freie Netz Süd (FNS)** ab 2008 schnell zur wichtigsten Struktur der extremen Rechten mit bis zu 30 Mitgliedsgruppen. Hauptakteure waren (wieder) **Matthias Fischer**,



Matthias Fischer und Norman Kempken

Lutz Passon

Tony Gentsch

**Norman Kempken** und **Tony Gentsch**. Ein Themenschwerpunkt blieb die Anti-Antifa-Arbeit. Auf Internetseiten hetzten die Neonazis gegen LehrerInnen, GewerkschafterInnen und antifaschistische Personen bzw. Einrichtungen. Es blieb allerdings nicht bei

den Internet-Veröffentlichungen: In der Region Nürnberg/Fürth entstand seit 2007 ein Sachschaden von über 40.000 Euro durch Anschläge auf Wohnungen, Häuser, Autos, Infoläden und Gewerkschaftsbüros. Nicht selten gab es auch körperliche Angriffe. Im Juli 2014 verbot das bayerische Innenministerium das FNS.

Die „**Bürgerinitiative Ausländerstop**“ (**BIA**) ist eine NPD-Tarnorganisation. Hauptakteure sind bzw. waren **Ralf Ollert**, **Sebastian Schmaus** und **Friedrich Luft**. Die BIA wurde Anfang 2000 in Nürnberg gegründet, damit NPD-Funktionäre unter einem anderen Label an Stadtratswahlen teilnehmen können. Seit 2002 sitzt jener NPD-Mann Ralf Ollert im Nürnberger Stadtrat, der in den 90er Jahren die Gaststätte „Tiroler Höhe“ als Treffpunkt zur Vernetzung der NPD mit militanten Neonazis nutzte. Bei diesen Treffen war der spätere NSU-Terrorist Uwe Mundlos anwesend. Die Tiroler Höhe befand sich in der Nähe zweier späterer NSU-Tatorte.



Ralf Ollert neben NSU-Terroristen auf einer Demonstration



Ralf Ollert

Die Partei „**Der III. Weg**“ ist personell und inhaltlich die augenblickliche Ersatzstruktur der verbotenen **FAF** und der ebenfalls verbotenen Nachfolgeorganisation **FNS**. Die Führungskader agieren heute als Repräsentanten von „Der III. Weg“ und werben szeneeintern massiv für die neue Organisation.

## Matthias Fischer

Der Fürther Matthias Fischer gehört zu den wichtigsten Köpfen in der bayerischen Neonazi-Szene. Er war führender Aktivist in der **FAF**, dem **FNS** und tritt heute für die Partei „**Der III. Weg**“ an.

Fischer verfügte über gute Kontakte zum NSU-Terroristen Uwe Mundlos und zu Ralf Wohlleben, der im NSU-Prozess als Unterstützer angeklagt ist. Auch zu Mandy Struck, die Unterschlupf und Pässe für einige NSU-TerroristInnen besorgte, hatte Fischer einen guten Draht. Auf einer Telefonliste von Mundlos, der sog. Garagenliste, fanden sich auch die Fürther Matthias Fischer und Ilona Kühnel, die mit Fischers Ehefrau Tanja Fischer, geborene Kühnel, verwandt ist. Matthias Fischer und Familie sind mittlerweile nach Brandenburg umgezogen. Unter der Woche ist er allerdings ab und an hier anzutreffen.



## Ralf Ollert

Das Foto aus dem Jahr 1997 zeigt Ralf Ollert, wie er bei einer Nazi-Demo in Neuhaus direkt neben Zschäpe, Böhnhardt und Tino Brandt marschiert. Er organisierte in den 90er Jahren Neonazi-Treffen in der Gaststätte „Tiroler Höhe“, an der auch der spätere NSU-Terrorist Uwe Mundlos teilnahm. Die Telefonnummer der Gaststätte befindet sich ebenfalls auf der konspirativen Adress- und Telefonliste, der so genannten Garagenliste, von Mundlos.

## Kai Dalek (siehe Extra-Tafel)

## Mandy Struck

Mandy Struck hatte in Thüringen enge Kontakte zu Beate Zschäpe, Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und dem im NSU-Prozess angeklagten André Eminger. Struck überließ Zschäpe beim Untertauchen mehrere Ausweise und Dokumente. Unter anderem war es Mandy Strucks Name, den Zschäpe als Alias während der Zeit im Untergrund nutzte. Nach ihrem Umzug nach Nürnberg Ende August 2000 verteilte sie zusammen mit dem verurteilten Holocaust-Leugner **Gerd Ittner** (Foto rechts) das Flugblatt „Flächenbrand“, in dem es heißt: „1. September 2000 – von jetzt an wird zurückgeschossen.“ Wenige Tage später begann in Nürnberg mit der Hinrichtung von Enver Simsek die Mordserie des NSU.



# Wie viel Staat steckt im NSU?

## Eine Frage, die sich besonders im Fall Kai Dalek aufdrängt

Kai Markus Dalek lebte ab 1987 im oberfränkischen Marktrodach-Oberrodach und hat von da an für das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz gearbeitet. Der gebürtige Berliner war eine der Schlüsselfiguren der 1984 vom damaligen Neonazi-Kader Michael Kühnen gegründeten Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), die sich als „Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA“ verstand. Das Ziel war der Wiederaufbau NSDAP-ähnlicher Organisationen. Der überzeugte Neonazi Dalek leitete ab 1988 die GdNF-Vorfeldorganisation Antikommunistische Aktion (ANTIKO), eine Vorläuferorganisation der Anti-Antifa. Die von nun an vorangetriebenen Anti-Antifa-Kampagnen sollten zum einen politische GegnerInnen bekämpfen, zum anderen die eigene zersplitterte Szene vereinen.

Ende 1992 half er unter anderem dem Nürnberger Nazikader Norman Kempken das Anti-Antifa-Hetzblatt „Der Einblick“ zu veröffentlichen. Darin wurden mehr als 250 Namen und Adressen von politischen GegnerInnen genannt, verbunden mit dem Aufruf, diesen „unruhige Nächte“ zu bereiten und sie „endgültig auszuschalten“. Das darauf folgende Strafverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde im Falle Daleks eingestellt.

Ab 1989 beteiligte sich Dalek an dem Vorbereitungskreis der ersten Rudolf-Heß-Gedenkmärsche in Wunsiedel. Als 1990 über 1500 Alt- und Neonazis aufmarschierten, avancierte der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch zum größten Nazispektakel dieser Zeit. Rudolf Heß fungierte im sog. „Dritten Reich“ als Stellvertreter Adolf Hitlers.

In den 90er Jahren pflegte Dalek enge Kontakte zum Thüringer Heimatschutz (THS; siehe „Tino Brandt“), über Jahre nahm er an deren „Mittwochstreffen“ teil, 1992 beteiligte er sich an „Wehrsportübungen“ des THS in Jena.

In derselben Zeit arbeitete der Computerfachmann Dalek daran, ein internes, nach außen hin durch Verschlüsselung abgeschottetes Kommunikationssystem für Neonazis aufzubauen: das Thule-Netz. Ziel war es, die verschiedenen neonazistischen Gruppierungen bundesweit miteinander zu koordinieren. Das von 1993 bis 1997 bestehende Thule-Netz wurde bundesweit bekannt, weil Bombenbauanleitungen als Diskette in der Szene die Runde machen. Das „Thule-Netz“ wird verdächtigt, diese verbreitet zu haben. Auch die Anti-Antifa-Artikel samt Fotos von politischen GegnerInnen stellte Dalek über das Thule-Netzwerk bundesweit anderen Nazikadern zur Verfügung.

Die verschiedenen Führungsarbeiten brachten ihn in engen Kontakt zum späteren NSU. Er hatte nicht nur direkte Verbindungen zu den namentlich bekannten NSU-Mitgliedern, sondern auch zu den Neonazis und V-Männern Tino Brandt und Thomas Dienel, die zum erweiterten Kern des NSU gezählt werden.

Wie eng Kai Dalek im NSU-Netzwerk integriert war zeigt sich auch in dem Umstand, dass sich sein Name auf der so genannten Garagenliste, findet, die man 1998 in der Jenaer Bombenwerkstatt des NSU gefunden hat.

Es gibt zudem auch Belege für persönliche Kontakte mit den NSU-Terroristen: Einem Bericht der „Thüringer Allgemeinen“ zufolge soll Dalek über das Thule-Netzwerk, innerhalb dessen er für den Bereich „Sicherheit“ verantwortlich war, mit Uwe Mundlos über Bombenbau-Anleitungen kommuniziert haben.

Sowohl der Abschlussbericht der Thüringer „Schäfer“-Kommission als auch die Aussagen des Nazi-V-Manns Brandt im NSU-Prozess bestätigen eindeutig, dass Dalek Ende der 90er Jahre die zentrale Führungskraft in Bayern gewesen ist, die maßgeblich für den Aufbau neonazistischer Strukturen sowohl in Bayern als auch bundesweit verantwortlich war.

## Wieviel Staat steckt also im NSU?

Noch im Oktober 2011 behauptete der ehemalige bayerische Verfassungsschutzpräsident Gerhard Forster, keinen V-Mann an der „konspirativ arbeitenden, kleinen Zelle dran gehabt“ zu haben. Weiterhin gab er an, dass man keine V-Leute engagieren würde, die führende Positionen innerhalb der rechtsextremen Szene innehaben.

Die Annahme, dass Kai Dalek nicht „nur“ überzeugter Nazi und V-Mann der Geheimdienste war, sondern eher als eine Art verdeckter Ermittler in die Szene eingeschleust wurde, legen vor allem folgende Tatsachen nahe: Zunächst spitzelte Dalek in der Zeit, in der er in West-Berlin lebte für den dortigen Verfassungsschutz in der linken Szene, später dann bekanntermaßen im extrem rechten Sumpf. Ab 2004/05 wurde er als „geheimer Informant“ des bayerischen Verfassungsschutzes für den Bereich Organisierte Kriminalität eingesetzt.

Mit Brandt und Dalek hatten die Verfassungsschutzbehörden zwei hochkarätige, einflussreiche Informanten im allerengsten „Inner Circle“ des NSU. Die stetigen Behauptungen des „spurlosen Verschwindens“ der NSU-Terroristen Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt verkommen angesichts der Tatsachen, die an die Öffentlichkeit gelangen und noch nicht dem Aktenvernichter der Behörden zum Opfer gefallen sind, zu Lügen – Lügen, die die Tatsache verschleiern sollen, dass auch der Staat in den NSU-Komplex tief verwickelt ist und somit Blut an den Händen hat.

## Tino Brandt

Tino Brandt gehört bundesweit sicherlich zu den bekanntesten V-Männern. Über sieben Jahre lang spitzelte der Neonazi für den Thüringer Geheimdienst bis seine Tätigkeit im Jahre 2001 durch Medienberichte aufflog.

Bereits mit 19 Jahren wurde Brandt vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz unter seinem damaligen Behördenchef Helmut Roewer als Spitzel unter den Decknamen „Otto“ und „Oskar“ geführt und galt als dessen maßgebliche Informationsquelle. Für seine Spitzeltätigkeit erhielt er im Laufe der Jahre mehr als 100.000 €, die nach eigenen Angaben größtenteils in den Auf- und Ausbau von Neonazi-Strukturen geflossen sind.

Als Landesvizevorsitzender der NPD sowie Mitinitiator und Kopf des aus der „Anti-Antifa Ostthüringen“ hervorgegangenen „Thüringer Heimatschutz“ (THS) zählt Brandt zu den aktivsten Nazikadern der 1990er Jahre.

Seine politische Karriere begann er unter anderem im Umfeld der Neonazi-Gruppe „Nationaler Block“ (NB). Der NB war seinerseits der bayerische Ableger der 1993 verbotenen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF).

Ab Mitte der 90er Jahre arbeitete er als kaufmännischer Angestellter beim extrem rechten Verlag „Nation Europa“ im fränkischen Coburg und vernetzte sich auch im Auftrag des Verfassungsschutzes über das Neonazi-Mailbox-System „Thule-Netz“ (siehe „Kai Dalek“) bundesweit mit anderen Nazikadern. Während dieser Zeit gründete Brandt den „Fränkischen Heimatschutz“ nach dem Vorbild des THS. Auf Bitten Brandts kaufte der Coburger Peter Dehoust, damals Herausgeber der „Nation Europa“, Mitte Juli 1996 ein 2180 Quadratmeter großes Gelände im nahe der bayerischen Grenze gelegenen thüringischen Kahla. Nach Berichten des MDR trafen sich schon seit Frühsommer des gleichen Jahres auf diesem Gelände regelmäßig Neonazis aus Jena und Saalfeld zu paramilitärischen Übungen. Auf Fotos wollen Zeugen später André Kapke, Tino Brandt und Uwe Böhnhardt erkennen. Drei Monate später geht Böhnhardt zusammen mit Zschäpe und Mundlos in den Untergrund. Der THS als militantes Kameradschaftsnetzwerk mit etwa 170 Mitgliedern bildete auch die Geburtsstätte des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU): Spätestens seit 1995 waren die späteren NSU-Terroristen in THS-Zusammenhängen aktiv, besuchten Kameradschaftsabende und nahmen an von Brandt mitorganisierten Demonstrationen teil.

Nachdem Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe 1998 untergetaucht waren, organisierte Brandt mit Wissen des Verfassungsschutzes Spendensammlungen bei Konzerten und reichte die Einnahmen an die anderen Hauptakteure des THS und Kader der „Kameradschaft Jena“ André Kapke und Ralf Wohlleben weiter. Im Jahr 2000 beauftragte er Kapke nach Anweisung des Geheimdienstes, falsche Pässe für die NSU-Terroristen zu besorgen. Die 1000 € kamen direkt vom Verfassungsschutz.

Auch für die Herstellung des menschenverachtenden, an das Gesellschaftsspiel „Monopoly“ angelehnte Brettspiel „Pogromly“ wurden Gelder des Verfassungsschutzes genutzt. Unter anderem mit dem Verkauf des Spiels im extrem rechten Milieu finanzierten sich die drei im Untergrund lebenden Terroristen. Brandt besorgte im Auftrag des Thüringer Verfassungsschutzes mehrere Exemplare.

Nachdem im Laufe der Jahre 35 eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen Brandt eingestellt wurden, ist er nun im Dezember 2014 wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Landgericht Gera sprach ihn schuldig, in 66 Fällen Minderjährige missbraucht oder gegen Geld an andere Freier vermittelt zu haben.



# Nazis morden, der Staat lädt nach (1)

## Verbindungen zwischen Verfassungsschutz und NSU

Faschistische Kontinuitäten, geschredderte Akten, behinderte Ermittlungen, Aufbau neofaschistischer Organisationen, Finanzierungen, Spitzel, tote V-Leute – und jede Menge Schweigen. Das ist die ernüchternde Bilanz seit dem Bestehen der Behörde, die vorgibt die Verfassung schützen zu wollen.

Diese Behörde – „this agency“ – dürfe keine polizeilichen Befugnisse haben, schrieben die westalliierten Militärgouverneure in einem Brief vom April 1949 an den Parlamentarischen Rat in Bonn zu seinen Beratungen über das Grundgesetz. „This agency“ – damit war eine Institution gemeint, welche die junge Republik gegen Gefahren aus dem kommunistischen Osten schützen sollte. So wurde kurzerhand das Grundgesetz erweitert, um eine solche Behörde zu legalisieren. Heute verkommt der Trennungsgrundsatz - einer der elementaren Lehren aus dem NS - angesichts gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten, einem gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum, einem gemeinsamen Extremismus-Zentrum und dergleichen zu einer Farce.

Zwar gab es beim Verfassungsschutz in den 1950ern nicht so viele Nazitäter wie beim Bundeskriminalamt, dessen Spitze damals zu mehr als zwei Dritteln aus SS-Leuten bestand. Nationalsozialistische Kontinuitäten wurden aber auch beim VS in personeller Form seit dessen Gründung fortgeführt. Seit jeher sorgt der Verfassungsschutz immer wieder für Skandale. Überzeugte Nazis, die im Kalten Krieg im Kampf gegen die UdSSR willkommen geheißen wurden, bauten die Befugnisse des Inlandsgeheimdienst im Laufe der Geschichte mit Legitimation des Staates immer weiter aus.

Der Verfassungsschutz steht bis heute in der Bringschuld, sein Nichtwissen bzw. Nichtunterstützen des NSU zu beweisen. Die geschredderten Aktenberge werden wohl kaum diesen Beweis erbracht haben – davon kann man getrost ausgehen. Wovon man hingegen nach auch nur oberflächlicher Beschäftigung mit der Rolle des VS im Hinblick auf den NSU ausgehen kann ist, dass der VS zu keinem Zeitpunkt seit dem „Untertauchen“ den Kontakt zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe verloren hat. Viele, viele Ungereimtheiten, die den Umfang dieser Ausstellung sprengen würden, füllen mittlerweile diverse Bücher.

Es wird daher im Folgenden versucht, einen Überblick über die wichtigsten Schnittstellen zwischen Verfassungsschutz und NSU aufzuzeigen.

## Thüringer Heimatschutz

Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos radikalisierten sich in den 1990er Jahren im „Thüringer Heimatschutz“ (THS). Mehr als ein Drittel der Mitglieder des „Thüringer Heimatschutzes“ waren als V-Personen für den Verfassungsschutz tätig, darunter auch Kader wie Tino Brandt (siehe „Tino Brandt“) und Thomas Richter (siehe weiter unten). Der Mitbegründer des Nazinetzwerks THS und Angeklagter im NSU-Verfahren Ralf Wohlleben soll das Trio bei seinem Abtauchen in den Untergrund unterstützt haben. Seine damalige Lebensgefährtin war V-Frau und hatte sogar zeitweilig Zugang zur Wohnung von Böhnhardt. Der Verfassungsschutz aber will keine Informationen von ihr erhalten haben.

## Blood&Honour, Combat 18 und der VS

Der NSU steht in vielen Punkten mit dem Blood&Honour-Netzwerk in Verbindung. Blood&Honour war Ende der 1990er/Anfang 2000er Jahre von diversen V-Leuten durchsetzt. Durch die jahrelangen Berichte dieser Nazi-Spitzel müssen staatliche Behörden einiges über das strategische Vorgehen als auch die Finanzierung des Trios durch Konzerte, Waffenbeschaffungen sowie personelle Nähe gewusst haben. Auch ideologisch schlägt der NSU mit den Morden eine Brücke zu Blood&Honour durch die Kampfstrategie des militanten Teils von Blood&Honour, dem „Combat 18“ (siehe Kasten nächste Seite).

## V-Leute im Dienste des Staates für den NSU

### Thomas Starke

Der V-Mann im Auftrag des Staates war bis zum Untertauchen der RechtsterroristInnen näher dran am NSU als irgendein anderer. Bei einem Konzert der Rechtsrock-Band »Oithanasie« hatte er nach eigenen Angaben das Trio kennengelernt, bevor er eine Haftstrafe wegen Körperverletzung absaß. Nach seiner Entlassung war er von Ende 1996 bis April 1997 mit Beate Zschäpe liiert. In dieser Zeit organisierte er für das Trio rund ein Kilo

„**Combat 18**“ (C18) ist eine terroristische Organisation, die in vielen Ländern Europas aktiv ist und als bewaffneter Arm des Neonazinetzwerks Blood and Honour gebildet wurde. „Combat 18“ bedeutet „Kampftruppe Adolf Hitler“, da sich die Zahl 18 unter Neonazis auf dessen Initialen A und H bezieht. Das Netzwerk bekämpft politische GegnerInnen auch unter Einsatz von Gewalt nach dem Prinzip Leaderless Resistance („Führerloser Widerstand“). Nach diesem Konzept sollen eigenständig agierende, unabhängige und im Alltag unauffällige Klein-Gruppen bzw. Zellen gegründet werden, die mehr durch eine ideologische Botschaft und weniger durch eine organisatorische Struktur miteinander verbunden sein sollen. Entsprechend der Selbstbezeichnung „führerlos“ bedarf es keiner Führungsfigur, im Fokus stehen die beweglichen Kleinstgruppen mit einem hohem Maß an Planungsautonomie und Flexibilität. Genau dieses Prinzip gilt als strukturelles Vorbild für den NSU.

TNT-Sprengstoff. 1998 tauchten Mundlos, Zschäpe und Bönhardt, nachdem ihre Bombenwerkstatt in Jena aufgefliegen war, in den Untergrund ab. Starke half nach eigenen Angaben seinen KameradInnen bei der Suche nach einem ersten Versteck in Chemnitz. Ab dem Jahr 2000 bis 2011 war er als V-Mann für den Verfassungsschutz tätig.



Dass über Starke, der Stellvertreter von B&H „Sektion Sachsen“ war, durch die finanziellen Einnahmen der Konzerte Geld für den rechten Terrorfloss, liegt wohl auf der Hand.

Starke übermittelte im Februar 2002 an das LKA Berlin Informationen über drei Personen aus Thüringen, die per Haftbefehl gesucht wurden. Das LKA interessierte sich allerdings nicht dafür.

### Verfassungsschutzbeamter Andreas Temme

Ein weiteres Puzzle-Teil in der Geschichte der Zusammenhänge zwischen NSU und Verfassungsschutz stellt der hessische V-Mann-Führer Andreas Temme dar.

Temmes Aussagen, die vor dem OLG München von unterschiedlichen Stellen angezweifelt werden, lassen bis heute die Frage offen, ob mit der Person Temme der Verfassungsschutz selbst an einem der Morde beteiligt gewesen ist oder zumindest schon vor der Tat sicheres Wissen über den Mord an Halit Yozgat hatte. Denn Zufall als Erklärung für die Anwesenheit Temmes am Tatort kann wohl eher ausgeschlossen werden.



Als am 6. April 2006 Halit Yozgat in seinem Internetcafé in Kassel mit zwei Kopfschüssen hingerichtet wurde, saß Temme nur wenige Meter entfernt. Dabei geriet er zunächst selbst in die Ermittlungen der Behörden. Während mehrere Zeugen klar von dumpfen Geräuschen berichten, kann sich der in Sachen Observation geschulte V-Mann-Führer und Sportschütze an nichts dergleichen erinnern. Nachdem er mit Surfen an einem Rechner fertig war,

suchte er angeblich den Besitzer des Internetcafés, um zu bezahlen, sah aber weder den sterbenden 21jährigen hinter dem Schreibtisch noch dessen Blut auf dem hellen Tresen. Einer der damals zuständigen Ermittler des Polizeipräsidiums Nordhessens berichtet vor dem Untersuchungsausschuss, aufgrund seiner Größe hätte Temme den leblosen Yozgat wahrnehmen müssen, als er Münzgeld auf dessen Schreibtisch legte.

Weitere Ermittlungen verhinderte dann das hessische Innenministerium. Daher dürfen die von Temme geführten Nazi-V-Leute – bis heute – nicht vernommen werden.

Was jedoch trotz Schredderwahn in diversen Behörden nicht verschwunden ist, ist der Originalmitschnitt eines von der Polizei abgehörten Telefonats, in dem der damalige Geheimschutzbeauftragte des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz gegenüber Temme äußert: »Ich sage ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo so etwas passiert, dann bitte nicht vorbeifahren.« Diese Äußerung war aber natürlich nicht ernst gemeint, sondern lediglich der „vollkommen verunglückte“ Versuch gewesen, ein unangenehmes Gespräch aufzulockern.

Der Vater des ermordeten Halit Yozgat bringt es bei der Befragung Temmes im NSU- Prozess auf den Punkt: „Wir wissen alle, dass dieser Mann lügt! Warum wollen wir die Wahrheit nicht sehen?“

# Nazis morden, der Staat lädt nach (2)

## V-Leute im Dienste des Staates für den NSU

### „Piatto“ alias Carsten Szczepanski

Carsten Szczepanski, der 1992 in Brandenburg an einem Mordversuch an einem nigerianischen Lehrer beteiligt war, wurde während seiner Untersuchungshaft vom Bundesamt für Verfassungsschutz angeworben. Dies ermöglichte ihm neben Prämien in Höhe von insgesamt mehr als 50.000 Mark für die Zeit von 1994 bis 2000 eine Haftstrafenverkürzung von acht auf gerade mal zwei Jahre. Für den heutigen sächsischen Verfassungsschutzpräsidenten Meyer-Plath war damals klar, dass sein Schützling Szczepanski, mit dem er sich als V-Mann-Führer 37 mal traf, ein „maßgeblicher gefährlicher Rechtsextremist“ war. Im Anschluss an seine Haftstrafe trat der Spitzel als Rädelsführer in Brandenburg auf. Bereits Ende der 1990er Jahre soll er Hinweise zum NSU geliefert haben. Dass der sächsische B&H-Führer Jan Werner für das untergetauchte Trio Waffen beschaffen sollte, und dass die Chemnitzer B&H-Frau Antje Probst Zschäpe ihren Pass überlassen wollte, soll der Geheimdienst durch seinen V-Mann „Piatto“ erfahren haben. Der lebt heute unter einem neuen Namen seit mittlerweile 14 Jahren im Zeugenschutzprogramm.



### „Corelli“ alias Thomas Richter

Er lieferte dem Bundesamt für Verfassungsschutz Informationen u.a. zum deutschen Ableger des rassistischen Ku-Klux-Klan, in dem der unmittelbare Vorgesetzte der in Heilbronn ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter Mitglied war. Im Jahr 2006 hat Thomas Richter/„Corelli“ eine DVD mit der Beschriftung „NSU/NSDAP“ dem Hamburger Verfassungsschutz übergeben. Diese DVD soll jedoch nie ausgewertet worden sein. Auf dieser DVD befinden sich unzählige Bilder von Internetseiten, die „Corelli“ verantwortete. ErmittlerInnen stellten fest, dass es Übereinstimmungen im dreistelligen Bereich zwischen der DVD und Asservaten aus dem NSU-Versteck in



Zwickau gibt. Während seiner Tätigkeit als V-Mann engagiert sich Richter neben anderen Publikationen und auf neonazistischen Internetseiten auch in der Nazi-Postille „Der Weiße Wolf“. In der Ausgabe 18 im Jahr 2002 – also neun Jahre vor der Selbstaufde-

ckung des NSU – erschien die erste bekannte Erwähnung des Kürzels „NSU“ in der Öffentlichkeit mit den im Vorwort ohne weitere Erläuterung fett gedruckten Sätzen: **„Vielen Dank an den NSU. Es hat Früchte getragen.“** Auch findet sich der V-Mann gleich mit zwei Telefonnummern auf der Garagenliste von Uwe Mundlos. Schließlich kamen die späteren NSU-Mitglieder nach ihrem Abtauchen 1998 für mehrere Wochen bei ihm unter. Doch bevor er zu seiner Rolle in den Geheimdiensten bzw. deren Verstrickungen in den NSU befragt werden konnte, verstarb Richter alias „Corelli“ an einer vermeintlich nicht erkannten Diabeteserkrankung im Alter von 39 Jahren. Im Juni 2016 relativierte Prof. Werner A. Scherbaum, Gutachter des Obduktionsberichtes, sein Gutachten dahingehend, dass der Tod möglicherweise auch durch Rattengift herbeigeführt worden sein könnte.

„Primus“ alias Ralf Marschner (erst nach Redaktionsschluss der Ausstellung bekannt geworden)

Ralf Marschner war Mitglied einer Neonazi-Skinheadband und lebte bis 2007 in Zwickau. Er gehörte zum Umfeld von Blood&Honour. In den 90er Jahren besaß er mehrere Nazi-Szeneläden sowie ein Bauunternehmen. Seit 1992 war Marschner V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In seinem Bauunternehmen beschäftigte er Uwe Mundlos von 2000 bis 2002 als „rechte Hand“ unter dem falschen Namen Max Florian Burkhardt. Marschner und Mundlos kannten sich aus Zwickau sehr gut. Auch Beate Zschäpe wurde laut Zeugenaussagen mit großer Wahrscheinlichkeit mehrfach in Marschners Szeneladen „Heaven & Hell“ gesehen. Laut Bundesinnenministerium wurden Berichte Marschners und seine Personalakte bereits 2010 vernichtet. Forderungen nach Rekonstruktion der Akten wurden – wieder einmal – mit der Begründung „Gefährdung des Staatswohls“ abgelehnt. Auch im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München wurde der Antrag der Nebenklägeranwälte, Ralf Marschner als Zeugen zu laden, vom Gericht gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

## Florian Heilig

Heilig, ehemaliger Angehöriger der Heilbronner Naziszene, wurde am 16. September 2013 tot in seinem Auto aufgefunden. Das am Cannstatter Wasen in Stuttgart abgestellte Fahrzeug war fast komplett ausgebrannt. Im Inneren die verkohlte Leiche.

Im Jahre 2011, kurz nach der Selbstenttarnung des NSU, machte der ehemalige Neonazi bei einer Vernehmung Aussagen zu dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter und einer weiteren rechtsterroristischen Gruppierung, der „NSS“ (Neo Schutz Staffel). Erst zwei Jahre später wurde er abermals vorgeladen. Beim LKA Baden Württemberg sollte er seine Aussage präzisieren und seine Behauptungen belegen. Dazu kam es nicht. Er befand sich auf dem Weg zu seiner Aussage, als er Selbstmord beging. Noch am Todestag Heiligs, vor Abschluss der Obduktion, ordnete der zuständige Staatsanwalt Dr. Stefan Biehl an, den Fall als Suizid zu behandeln.

Das, obwohl zahlreiche Spuren noch nicht ausgewertet wurden, noch kein Brandgutachten erstellt wurde und kaum Beweismittel sicher gestellt oder ausgewertet wurden. Während die Ermittlungen noch andauerten verkündete die Staatsanwaltschaft, Florian Heilig hätte sich aus Liebeskummer mit Benzin übergossen und selbst angezündet. Das Autowrack wurde zum Verschrotten frei gegeben. Angehörige konnten das Auto am Tag nach dem Tod vor der Vernichtung retten und lagerten es privat ein.

Zwei Jahre später untersuchten sie das Wrack persönlich und fanden im Inneren unter anderem mehrere Handys und eine Pistole. Die Familie übergab Mitte des Jahres einige der Beweismittel, voller Misstrauen in staatliche Stellen, an den NSU-Ermittlungsausschuss von Baden Württemberg. Andere Beweise, wie einen Laptop und einen Camcorder aus dem Auto, behielten sie jedoch ein. An Pietätlosigkeit kaum zu überbieten, durchsuchte die Polizei pünktlich zum zweiten Todestag die Wohnung der Familie nach den zwei Elektrogeräten. Ohne Erfolg.

Die Familie widersprach von Beginn an der Selbstmordthese. Das Misstrauen der Hinterbliebenen ist begründet. Neben einer weiteren Anhäufung von „Ermittlungspannen“ wurde auch im Falle Heilig mehreren Zeugenaussagen nicht nachgegangen. Zum Beispiel wurde laut einer Aussage, kurz vor dem Brand eine zweite Person an dem Peugeot gesehen. Ähnlich den Ermittlungen um den Tod der Terroristen Böhnhardt und Mundlos wurden bei Florian Heilig jegliche sonst übliche Vorgehensweisen der Spurensicherung und Forensik vernachlässigt.

Heilig war bis zu seinem Tod im Aussteigerprogramm für Nazis „Big Rex“ des LKA und wurde seit seinem Austritt aus der Naziszene von ehemaligen Kameraden verfolgt, bedroht und angegriffen. Einen Messerangriff überlebte er nur knapp. Laut seinen Verwandten hätten seine Aussagen unter anderem die offizielle Version des Mordes an Kiesewetter massiv in Frage gestellt, außerdem habe er von einer rechten Gruppierung innerhalb der Heilbronner Polizei gewusst. Genug Indizien, die Ermittlungen zu möglichen Fremdeinwirkungen gerechtfertigt hätten.

Die Staatsanwaltschaft jedoch begründete ihre Version mit einer misslungenen Beziehung. Melisa M., die ehemalige „Lebensgefährtin“, gab wiederum an, sie seien insgesamt vier Wochen „zusammen“ gewesen, vielmehr gebe es nicht zu sagen. Zwei Wochen nachdem sie im Stuttgarter Untersuchungsausschuss der Selbstmordtheorie widersprach verstarb sie an einer Lungenembolie. Verursacht von einer Knieprellung, die eine

Thrombose ausgelöst haben soll.

Mehr zu sagen hatte darüber hinaus eine Zeugin, die vor dem Ausschuss aus Angst unter dem Decknamen „Bandini“ aussagte. Sie behauptete Mitte April 2015, Heilig schon seit 2010 zu kennen und seitdem eine sehr enge, sexuell offene Beziehung mit ihm geführt zu haben. Auch sie bestätigte, dass Liebeskummer kein Motiv für den Toten gewesen sein kann. Noch kurz vor seinem Tod hatte sie Kontakt mit ihm. Was sie in der nicht-öffentlichen Sitzung des Ausschusses aussagte, ist nicht bekannt. In Interviews zuvor gab sie jedoch an, Heilig hätte schon im Mai 2011 vom NSU gewusst und berichtete ausführlich über die Naziszene, in der sich Florian Heilig bewegte. Einschließlich seiner Tätigkeiten als Waffenkurier für Neonazis.

Den Mord an der Polizistin Kiesewetter sollen laut offizieller Geschichtsschreibung ausschließlich Bönnhardt und Mundlos begangen haben. Auch hier gibt es etliche offene Fragen und Zweifel. Wusste Florian Heilig Details, die die staatlich durchgesetzte Naziszene in Bedrängnis gebracht hätten? Brachte er sich aus Angst um, oder wurde er gar aus dem Weg geräumt?

## Geschredderte Akten

Auch hier würde sich ohne Weiteres eine ganze Tafel mit Einzelheiten füllen lassen. Mit der Selbstenttarnung des NSU begann eine beispiellose massenweise Aktenvernichtung, die offensichtlich koordiniert im Bundesamt und in den jeweiligen Landesämtern für Verfassungsschutz stattfand.

Damit nahmen die Behörden gezielt Einfluss, um die Rekonstruktion von Verbindungen zwischen den Geheimdiensten und dem NSU zu behindern.

Presstext aus der TAZ vom 26.09.2012:

*BERLIN taz | Es ist ein Vorgang, der das Vertrauen in die deutschen Sicherheitsbehörden weiter schwinden lassen wird. Wie am Donnerstag bekannt wurde, hat ein Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln am 11. November 2011 angeordnet, mehrere Akten zu einer groß angelegten Geheimdienstoperation von 1997 bis 2003 im Umfeld des Neonazitrios Uwe Mundlos, Uwe Bönnhardt und Beate Zschäpe zu vernichten.*

*Beim Bundesamt für Verfassungsschutz wanderten Personalakten von 94 Neonazis in den Reißwolf. Darunter beispielsweise auch die Akte von Thomas Starke.*

*Außerdem geschreddert wurden 137 weitere Akten über Anwerbeversuche des Bundesamts aus den Jahren 1993 und 1994 und acht Sachakten, die nicht mehr rekonstruiert werden können.*

Letztendlich lässt sich festhalten, dass der Verfassungsschutz gar kein Interesse an einer Aufklärung haben kann.

Tafel 6

## Nazis morden, der Staat lädt nach (3)

Presseerklärung von 22 Nebenklagevertreterinnen und Vertretern im NSU Prozess im Nachgang zum Verhandlungstag am 23.04.2015 und den 200. Hauptverhandlungstag resümierend:

*Wesentliche Gründe für die Nicht-Aufklärung sind:*

- *die auch am heutigen Verhandlungstag zu beobachtende angebliche und manchmal groteske Erinnerungs- und Ahnungslosigkeit der MitarbeiterInnen der Dienste und der von ihnen geführten V-Personen und deren offene und nicht geahndete Verstöße gegen die Wahrheitspflicht,*
- *die Vielzahl der enttarnten und nicht enttarnten V-Männer und InformantInnen in dem (Unterstützer-)Umfeld des Trios,*

- die unzähligen echten und scheinbaren Fahndungsspannen bei der Suche nach dem Trio und
- das Zurückhalten und Schreddern von relevanten Akten, u.a. der des V-Mannes Marcel Degner im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und des V-Mannes Michael See vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).

Mit dem Verfahren vor dem OLG wird der falsche Schein erzeugt, es könne dieser Umstände zum Trotz über die angeklagten Taten ein Urteil gefällt werden, ohne die Rolle der Geheimdienste zu thematisieren und sich den offensichtlichen Fragen zu stellen:

- Haben die Dienste das Abtauchen und das Leben der drei in der Illegalität beobachtet?
- Hätte die Mord- und Anschlagsserie des NSU oder einzelne Taten verhindert werden können?
- Welche Rolle spielte das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz und insbesondere Andreas Temme?
- Warum haben die Geheimdienste und die Bundesanwaltschaft kein Interesse an der Aufklärung des Unterstützernetzwerkes?

Um die Schwere der Anklagevorwürfe zu bestimmen und zu einem Urteil zu kommen, sind schon von Gesetzes wegen die Größe und die Gefährlichkeit des NSU aufzuklären. Problematisch kann diese Aufklärung für die Behörden nur sein, wenn sich weitere V-Personen im Unterstützernetzwerk des NSU befanden, deren Identität und gelieferte Informationen über das Trio und den NSU zurückgehalten werden sollen.

Aus den Vernehmungen der ehemaligen V-Mann-Führer Meyer-Plath und Wießner und den vorliegenden Akten ergibt sich: Das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz Thüringen, Sachsen und Brandenburg wussten bereits Mitte 1998 u.a. durch den V-Mann Carsten Szczepanski, dass sich das Trio im Raum Chemnitz aufhielt, sich bewaffnen wollte, einen Raubüberfall begangen hatte, einen weiteren plante und mit Geld der sächsischen Blood&Honour-Sektion unterstützt wurde.

Diese Informationen wurden später im Kern durch Meldungen der V-Männer Marcel Degner und Tino Brandt bestätigt. Diese Informationen haben nur zu einem folgenlosen Treffen der drei betroffenen Landesämter geführt; über weitere nachrichtendienstliche Maßnahmen wussten die V-Mann-Führer nichts zu berichten und diese ergeben sich auch nicht aus den Akten.

Dies widerspricht dem gängigen Vorgehen der Geheimdienste diametral und ist deshalb nicht vorstellbar und nicht glaubhaft. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Geheimdienste nach der Meldung zu Aufenthaltsort, Bewaffnung und Raubüberfällen in Alarmbereitschaft versetzt waren und nachrichtendienstliche Operationen eingeleitet haben, die bis heute nicht bekannte Erkenntnisse erbrachten. Nach dem derzeitigen Wissensstand und dem Verhalten der Nachrichtendienste und der Bundesanwaltschaft muss davon ausgegangen werden, dass einzelnen oder mehreren Verfassungsschutzämtern die Aufenthaltsorte und das Unterstützernetz des Trios bekannt waren und das Trio nach dem Abtauchen über längere Zeit hinweg beobachtet wurde.

**„Man weiß so wenig. Nur eins: Geheimdiensten ist alles zuzutrauen. Es ist ihr Job zu lügen, zu täuschen und zu tarnen. Manchmal auch zu morden – wer das bestreitet lebt im Glücksbärgchenland.“**

Mark Neuecke, Kriminalbiologe. FR vom 17.06.2011

Offenbar ist für die Ministerien, Institutionen und Behörden – also letztlich den Staat – das Agieren der Geheimdienste nicht das Problem. Aufbau und Finanzierung von neonazistischen Strukturen, das Vertuschen dieser Verstrickungen und Belügen von parlamentarischen Kontrollinstanzen gehört neben vielen anderen Trickereien zu ihrem staatlich legitimierten Job. Das Problem der staatlichen Organe mit ihren Geheimdiensten ist, wenn es ungewollte Öffentlichkeit bei als „geheim“ eingestuften Operationen gibt. Deshalb steht nicht die Abschaffung der Geheimdienste auf ihrer Agenda, sondern das Stopfen von Löchern.

Letztlich gingen die einzelnen Landesämter für Verfassungsschutz gestärkt aus dem Skandal hervor: Neue finanzielle Mittel wurden bereit gestellt, um die Vernetzung der einzelnen Behörden auszubauen, das V-Mann-System wird ohne Probleme mit neuen Geldern weiter fortgeführt. Nicht einmal bessere Kontrollinstanzen wurden geschaffen. Einblicke in Ermittlungsstrategien und Personalien werden weiterhin nicht gewährt.

# Die Rolle der Ermittlungsbehörden

Wenn man sich mit der Art und Weise auseinandersetzt, wie die Ermittlungen im NSU-Komplex geführt wurden und die seltsamen Ergebnisse kritisch betrachtet, stößt man unweigerlich immer wieder auf die Frage nach dem „warum so?“ und „warum nicht anders?“

Kurz bevor die ehemaligen Mitglieder des Thüringer Heimatschutzes (THS) abtauchten, wird am 26.1.1998 bei der Durchsuchung einer von Beate Zschäpe angemieteten Garage eine Liste gefunden, die das „Who is Who“ mutmaßlicher UnterstützerInnen des NSU enthält. Diese „Garagenliste“ landet erstmal für mehr als 10 Jahre in der Aservatenkammer.

Bei den Ermittlungen zum 9. Mordopfer Halit Yozgat in Kassel verweigert der damalige Innenminister von Hessen Volker Bouffier eine Aussagegenehmigung für den am Tatort zur Tatzeit anwesenden Verfassungsschutzbeamten Andreas Temme (siehe auch Tafel „Nazis morden, der Staat lädt nach (1)“). Der Schutz des Verfassungsschutzes hat einen höheren Rang als die Aufklärung einer Mordserie an Migranten!

In allen Fällen der Mordserie an Migranten wird bis 2007 einzig und allein zu den Themenfeldern Organisierte Ausländerkriminalität, PKK-Mitgliedschaft, Geldwäsche und/oder Drogenhandel ermittelt. Nicht einen Monat lang, nicht über ein Jahr, sondern 7 Jahre lang ohne eine einzige Spur, ohne Indizien, immer erfolglos. Bundesweit ist institutioneller Rassismus handlungsleitend für alle mit der Mordserie befassten Behörden. Schon die Namen der Sonderkommissionen sprechen Bände: „Halbmond“ und „Bosporus“.

„Pannen“ und Legenden ziehen sich seit der Gründung der BRD wie ein roter Faden durch alle Verfahren gegen Rechtsterroristen: der Oktoberfestanschlag, die Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und seiner Frau Frieda Poeschke, das Oxner-Attentat, der ganze Komplex Wehrsportgruppe Hoffmann: Oberste Ermittlungsmaxime ist es, Einzeltäter ohne politisch relevante Hintergründe zu präsentieren.

Personelle Kontinuität durch NSDAP-Mitglieder und auch SS-Angehörige im leitenden Personal bei Gründung der BRD (vor allem auch in Polizei/Geheimdiensten/Staatsanwaltschaften/Justiz) geht einher mit Kontinuität in der Ermittlungspraxis.

Das von der Bundesanwaltschaft propagierte Bild des NSU, der demnach nur aus drei Personen bestanden haben soll, von denen Beate Zschäpe die einzige Überlebende ist, kann also als Tradition bundesdeutscher Polizeiarbeit im Bezug auf rechten Terror gesehen werden.

Als der rechte Hintergrund durch die Selbstaufdeckung nicht mehr gezeugnet werden konnte, werden zeitgleich (!) sowohl in verschiedenen Landesämtern als auch im Bundesamt für Verfassungsschutz die Akten geschreddert. Es werden Aussagegenehmigungen nicht erteilt, Untersuchungsausschüssen Einsicht verweigert, Zeugen manipuliert (oder sie sterben auf mysteriöse Weise), Unterstützung und Finanzierung des NSU-Umfeldes vertuscht und gezeugnet.

Auszug aus einem Schreiben einer kurdischen Mitbürgerin aus Köln 2013:

**„Nach 2 Stunden stürmte plötzlich die Polizei, ohne Klingeln, meine Wohnung. Sie brachen 2 Türen auf und durchsuchten meine Wohnung. (...) Die Polizei sagte mir, dass ich bzw. mein Mann verdächtigt werden, eine Bombe gelegt zu haben. Als Grund gaben sie an, dass ich Kurdin sei und deswegen verdächtigt werde, mit der PKK zu tun zu haben (...) Das Gleiche ist bei vielen kurdischen Familien und bei vielen anderen Bewohnern der Keupstraße geschehen. Die Begründungen waren wahlweise PKK, Geldwäsche, Drogenhandel und viele andere Gründe. Nur Nazis als Täter wurden ausgeschlossen.“**

## **Garagenliste** des Uwe Mundlos:

1998 findet die Polizei in Jena bei der Durchsuchung zweier Garagen Sprengstoff, Rohrbomben und besagte Garagenliste. Es sind die Garagen, in denen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos sowie Uwe Bönnhardt ihre Bombenwerkstatt unterhalten. Auf der Liste stehen über 50 Namen mit Adressen und Telefonnummern, unter ihnen etliche V-Leute. Eine konspirative Namensliste – eigentlich ein Volltreffer für die Fahndung. Das BKA behauptet, der Liste wurde keine Bedeutung beigemessen...

# Zeugensterben im Umfeld des letzten NSU-Tatortes

Und auch mit dem vermeintlichen Ende des NSU hat das Sterben im Zusammenhang mit der Terrororganisation noch kein Ende gefunden.

## Eine Chronologie:

2007 Mord an der Polizistin **Michèle Kiesewetter** in Heilbronn.

2009 *verbrennt Arthur Christ, ein in Baden-Württemberg aktiver Neonazi, in seinem Auto. Die Todesumstände sind ungeklärt.*

Arthur Christ starb unter rätselhaften Umständen im Alter von 18 Jahren. Ungeklärt ist, ob es Suizid oder Mord war. Einen Abschiedsbrief gab es nicht. Sein Name taucht in den Ermittlungsakten zum Heilbronner Polizistinnen-Mord auf. Ein Phantombild der mutmaßlichen Täter soll ihm ähnlich sehen. Er war in der regionalen Neonazi-Szene aktiv.

2011 **Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt** werden nach einem Banküberfall in einem Wohnmobil erschossen aufgefunden, was zur Selbstenntarnung des NSU durch Beate Zschäpe führt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt: *Selbstmord.*

Bei den Ermittlungen nach dem Tod der Terroristen Böhnhardt und Mundlos werden jegliche Grundregeln polizeilicher Spurensicherung und Forensik missachtet. Sofort gefunden und identifiziert wird jedoch die Dienstwaffe Kiesewetters. Damit begründet die Anklage, dass Böhnhardt und Mundlos die Polizistin ermordet haben sollen. Fotos der Feuerwehr vom Inneren des Wohnmobils werden beschlagnahmt und gelöscht. Ohne den Tatort zu sichern, beauftragt die Polizei ein Abschleppunternehmen. Uwe Mundlos soll mit einer Pumpgun zuerst seinen Kumpel Böhnhardt erschossen haben, anschließend sich selbst, außerdem legt er Feuer im Wohnmobil. In seiner Lunge werden allerdings keine Rauchpartikel gefunden. Auch die Kohlenmonoxid-Hämoglobin-Konzentration im Blut ist gemäß toxikologischem Gutachten der Uni Jena so niedrig, dass vor seinem Tod kein Brandereignis in seiner Nähe stattgefunden haben kann. Das heißt, er ist bereits tot als er das Feuer im Wohnmobil legt. Außerdem hat er nach seinem Selbstmord die Pumpgun noch einmal durchgeladen...

2013 **Florian Heilig**, ein Nazi-Aussteiger, verbrennt in seinem Auto. Er befindet sich auf dem Weg zu einer Aussage beim Landeskriminalamt, um über sein Wissen im Mordfall Kiesewetter auszusagen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt: *Selbstmord aus Liebeskummer.*

Bereits 8 Stunden nach Florian Heiligs Tod, noch bevor das Ergebnis der Obduktion vorliegt, ermittelt der Staatsanwalt die Todesursache.

Sowohl seine Ex-Freundin Melisa Marijanovic, derentwegen er sich umgebracht haben soll, als auch die Familie und sein soziales Umfeld bestreiten diese Möglichkeit von Anfang an. Florian Heilig ist Nazi-Aussteiger und macht bereits vor dem Bekanntwerden des NSU brisante Aussagen zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter.

2014 **Thomas Richter**, einflussreicher Neonazi-Aktivist und V-Mann des Verfassungsschutzes, stirbt kurz vor seiner Vernehmung im Münchener NSU-Prozess an einem Diabetes-Schock.

Thomas Richter, alias V-Mann „Corelli“ stirbt laut Obduktionsbericht im Alter von 39 Jahren an einer nicht erkannten Zuckererkrankung (siehe Ergänzung, S. 9). Er sollte als Zeuge im NSU-Prozess gehört werden. Corelli ist Bindeglied zwischen der Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz“, dem deutschen Ableger des rassistischen Ku-Klux-Klan in Baden-Württemberg und dem NSU-Unterstützermilieu. Der Vorgesetzte Kiesewetters, der ihren Dienstplan für den Tattag ändert, ist Mitglied des Ku-Klux-Klan.

In der 18. Ausgabe des rechten Fanzine „Der Weiße Wolf“ aus dem Jahr 2002, bei dem auch Richter mitarbeitet, steht: „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-). Der Kampf geht weiter...“



2015 **Melisa Marijanovic**, 20, kurzzeitig mit Florian Heilig liiert, stirbt an einer Lungenembolie in Folge eines blauen Flecks am Knie.

Sie hat einen leichten Motocross-Unfall mit einer Verletzung am Knie. Trotz zweimaliger Vorsorgemaßnahme gegen Thrombose bildet sich ein Blutgerinnsel, das zu einer tödlichen Lungenembolie führt. Sie bestritt die Behauptung der Staatsanwaltschaft, Florian Heilig hätte sich wegen Liebeskummer umgebracht, allerdings wurde sie von der Polizei nie dazu befragt. Genauso wenig wie die Familie. Melisa Marijanovic hatte am 2. März 2015 vor dem Stuttgarter NSU-Untersuchungsausschuss ausgesagt, allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weil sie sich bedroht fühlte. Laut Stuttgarter Nachrichten wurde sie gemeinsam mit ihrem neuen Freund Sascha Winter im Dienstwagen des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Drexler zur nichtöffentlichen Vernehmung chauffiert.

2016 **Sascha Winter**, vormaliger Verlobter von Melisa Marijanovic, begeht laut Staatsanwalt Selbstmord.

Er hatte Melisa Marijanovic zu ihrer Aussage vor dem Untersuchungsausschuss begleitet. Über die Todesumstände schweigen die Ermittlungsbehörden.

Bei Sascha Winter wurde das Ergebnis der Obduktion noch nicht bekannt gegeben. Laut Staatsanwaltschaft sei allerdings ein Abschiedsbrief gefunden worden, den Winter elektronisch verschickt haben soll. Bis heute weigert sich die Staatsanwaltschaft, Auskunft darüber zu geben, wer Sascha Winter wo gefunden hat, woran er gestorben ist, wer den „Abschiedsbrief“ bekommen hat, was darin stehen soll...

### Es bleibt noch anzumerken:

Die **V-Frau „Krokus“** des Baden-Württembergischen Verfassungsschutzes meldete unmittelbar nach dem Mord an der Polizistin Kiesewetter in Heilbronn, dass Neonazis versuchen, Informationen über den schwer verletzten Polizeibeamten Martin Arnold zu bekommen. Er saß beim Mord an Kiesewetter neben ihr im Streifenwagen und lag nun mit einer Kopfschussverletzung im Krankenhaus. Die Nazis wollten wissen, ob er überleben würde und sich an den Tathergang erinnern kann. Gegenüber dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss leugnete der Verfassungsschutz zunächst die Existenz der V-Frau. Als dies nicht mehr haltbar war, wurde ihre Akte manipuliert.

Die Phantombilder, die nach der Vernehmung des Polizisten Arnold und nach den Angaben mehrerer Zeugen angefertigt wurden, kamen anstatt zur Fahndung in eine Schublade. Keines der Bilder ähnelt den NSU-Terroristen Mundlos oder Bönnhardt. Sowohl Neonazi-Aussteiger Florian Heilig (†) als auch V-Frau „Krokus“ berichteten vor Bekanntwerden des NSU von einer lokalen Nazigruppe namens „Neoschutzstaffel“ (NSS). Nach ihren Aussagen waren andere Täter in den Mordanschlag verwickelt als die offiziell Beschuldigten Mundlos und Bönnhardt.

**In der Zwischenzeit ist die V-Frau „Krokus“ nach mehreren Drohungen ins Ausland abgetaucht und zu keiner Zusammenarbeit mit den deutschen Ermittlungsbehörden mehr bereit. Auch mit dem vermeintlichen Ende des NSU hat das Sterben im Zusammenhang mit der Terrororganisation noch kein Ende gefunden.**

# Über 20 Jahre Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg

Das AAB existiert seit 1993 und ist ein Bündnis verschiedener autonomer und radikal linker Gruppen und Einzelpersonen. Es stellt eine außergewöhnliche Erfolgsgeschichte antifaschistischer Politik im Großraum Nürnberg/Fürth dar.

1994 trat das Bündnis mit einem Paukenschlag erstmals an die Öffentlichkeit: Über 2000 Menschen verhinderten damals, dass bei einer Kundgebung der REPs vor der Lorenzkirche in Nürnberg Nazi-Propaganda verbreitet werden konnte.

## Was sonst noch geschah – einige Beispiele

- Hervorzuheben ist die Gaststätte „Tiroler Höhe“, in der die späteren Terroristen Mundlos und Böhnhardt an Nazi-Veranstaltungen teilnahmen. Bereits 1995 mobilisierte das AAB zu einer Demonstration gegen diesen Nazi-Treffpunkt.
- 1996 konnten wir die Förderung einer Nazi-Gruppierung in Nürnberg-Ziegelstein durch einen CSU-Funktionär öffentlich machen.
- Viele Nazi-Versammlungsorte wurden im Laufe von über 20 Jahren geoutet und angegangen. Zum Beispiel die Gaststätten „Bamberger Hofbräu“ oder „Reichswald“, um nur zwei zu nennen – am Ende mussten sie aufgrund unserer Aktionen schließen.
- Weitere Beispiele sind das Palmzentrum, ein Schulungszentrum der Jungen Nationaldemokraten (der Jugendorganisation der NPD), der Nazi-Laden Utgard in Fürth oder der Nazi-Klamottenladen Tonsberg in Nürnberg. Auch sie mussten dicht machen, wie von uns versprochen.
- Kein Nazi-Event fand ohne unsere kreative Begleitung statt. Während die Stadt Nürnberg jahrelang zum „aktiven Ignorieren“ von Nazi-Aufmärschen aufrief, waren wir immer vor Ort und stellten uns den Nazis direkt entgegen. So konnten wir zum Beispiel im Jahr 2006 mit unserer Mobilisierung und einer Blockade verhindern, dass eine Nazi-Demonstration durch den multikulturellen Stadtteil Gostenhof ziehen konnte.

## Auch Selbstkritik müssen wir üben

Bei allen Erfolgen müssen wir jedoch auch selbstkritisch sein. Von den drei Morden des NSU, die in den Jahren 2000, 2001 und 2005 in Nürnberg verübt wurden, haben wir keinen der Nazi-Szene zugeschrieben. Auch wir haben die Verlautbarungen der Polizei und die rassistische Berichterstattung der Medien nicht kritisch hinterfragt,

**obwohl wir wussten**, dass zum Beispiel bei dem rassistischen Pogrom 1992 in Rostock-Lichtenhagen Nazi-Aktivisten Absprachen mit Polizeiführern trafen,

**obwohl wir wussten**, dass zum Beispiel im Jahre 1996 eine Nazi-Party auf dem Gelände der Nürnberger Bereitschaftspolizei stattgefunden hatte, bei der USK-Polizisten Nazi-Lieder sangen und sich gegenseitig mit Hitlergruß fotografierten,

**obwohl wir wussten**, dass der Geheimdienst Nazi-Strukturen aufbaut und unterhält, wie es im NPD-Verbotsverfahren Anfang der 2000er Jahre herauskam,

**obwohl uns das alles bekannt war**, konnten wir uns in diesem Fall nicht vorstellen, dass Polizei und Verfassungsschutz Nazis decken, die mordend durchs Land ziehen.

Jetzt sind wir schlauer. Unsere Demo-Parole „Staat und Nazis Hand in Hand - organisiert den Widerstand“ wurde in erschreckender Weise von der Realität überholt.

**Deshalb ist für uns klar:**

**Auf diesen Staat brauchen wir im Kampf gegen Nazis nicht zu hoffen.**

**Gegen Nazis hilft nur eines: Organisiert euch, leistet Widerstand.**

## Offener Brief der Schwester des 2001 in Hamburg ermordeten Süleyman Tasköprü, Aysen Taşköprü (2013)

Am 18.2.2013 lud Bundespräsident Gauck die Hinterbliebenen von Opfern der NSU-Mordserie zu einem Gedankenaustausch ein. Die Schwester des 2001 in Hamburg ermordeten Süleyman Taşköprü, Aysen Taşköprü, sagte Gauck in einem Brief ab:

*»Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck, vielen Dank für die Einladung. Ich habe über meine Anwältin gehört, dass Sie nicht wünschen, dass die Rechtsbeistände der Nebenkläger bei dieser Einladung dabei sind. Sie möchten nur Ihre Empathie ausdrücken, aber keine Anwälte auf diesem Treffen sehen. Es wäre empathisch von Ihnen gewesen, nicht darauf zu bestehen, dass ich alleine ins Präsidialamt komme. Ich fühle mich dem nicht gewachsen und werde daher Ihre Einladung nicht annehmen können. Da Sie ja aber so daran interessiert sind, wie es uns geht, werde ich Ihnen gerne schildern, wie es uns geht. Im Sommer 2001 töteten die Neonazis meinen Bruder. Im Spätsommer 2011 – zehn Jahre später – klingelte die Kripo bei mir. Sie brachten mir die persönlichen Gegenstände meines Bruders. Ich fragte die Beamtin, warum jetzt die Sachen kämen; ob es etwas Neues gibt. Sie sagte nur, man habe nur vergessen mir die Sachen zurückzugeben. Dann ging sie wieder. Ich habe stundenlang vor den Sachen meines toten Bruders gesessen; ich habe tagelang gebraucht, um mich zu überwinden meinen Eltern davon zu erzählen, dass seine Sachen wieder da sind. Ich war völlig am Ende. (...) Alles was ich noch möchte, sind Antworten. Wer sind die Leute hinter dem NSU? Warum ausgerechnet mein Bruder? Was hatte der deutsche Staat damit zu tun? Wer hat die Akten vernichtet und warum? Und noch eins zum Schluss: die Menschen, die sich jetzt mit einem Bild von meinem Bruder zeigen, die behaupten, uns zu kennen und in unserem Namen zu sprechen: wo wart ihr 2001? Meine Nichte ist nicht erst seit 2011 Halbwaise, mein Bruder ist nicht durch seine Ermordung zu einem anderen Menschen geworden. Für uns klingt das wie Hohn. Damals hat niemand um meinen Bruder getrauert. Heute ist er Euch auf einmal so wichtig.*

*Und auch Ihnen, Herr Bundespräsident Gauck, ist mein Bruder doch nur wichtig, weil die NSU ein politisches Thema in Deutschland ist. Was wollen Sie an unserem Leid ändern? Glauben Sie, es hilft mir, wenn Sie betroffen sind? Ich würde mir wünschen, dass Sie als erster Mann im Staat mir helfen könnten, meine Antworten zu finden. Da helfen aber keine emphatischen Einladungen, da würden nur Taten helfen. Können Sie mir helfen? Wir werden sehen.*

*Mit freundlichen Grüßen Aysen Taşköprü«* (Hamburger Abendblatt vom 16.2.2013)

## Auszüge aus dem Schreiben einer kurdischen Bürgerin aus Köln an den NSU-Untersuchungsausschuss (2013)

*»Ich habe gelesen, dass demnächst Otto Schily vor Ihrem Untersuchungsausschuss angehört und es dabei wieder um die Keupstraße gehen wird. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um zu berichten, welche Auswirkungen die politische Entscheidung, nicht mehr gegen ein rechtsextremistisches Milieu zu ermitteln, damals nach dem Nagelbombenanschlag für mich als kurdische Anwohnerin der Keupstraße hatte.*

*Am 9. Juni 2004 war ich mit meinem 7-jährigen Sohn zu Hause. Ich hörte einen lauten Knall und dachte es sei ein Erdbeben. Ich ging ans Fenster und sah Menschen hin und her rennen und hörte Schreie. (...) Nach zwei Stunden stürmte plötzlich die Polizei, ohne klingeln, meine Wohnung. Sie brachen zwei Türen auf und durchsuchten meine Wohnung. Wie ich später erfuhr, wurde auch die Wohnung meines Mannes, von dem ich damals bereits getrennt lebte, auf dieselbe Weise durchsucht. Die Polizei sagte mir, dass ich bzw. mein Mann verdächtigt werden, eine Bombe gelegt zu haben. Als Grund gaben sie an, dass ich Kurdin sei und deswegen verdächtigt werde, mit der PKK zu tun zu haben. Bei vielen meiner Bekannten und Freunde wurde auch die Wohnung durchsucht. Stundenlang durfte ich mich nicht bewegen. (...) Das gleiche ist bei vielen kurdischen Familien und vielen anderen Bewohnern auf der Keupstraße geschehen. Die Begründungen waren wahlweise PKK, Geldwäsche, Drogenhandel und viele andere Gründe. Nur Nazis als Täter wurden ausgeschlossen. (...) Seit diesem Tag bis heute leiden ich und mein Sohn unter Angstzuständen. Drei Jahre lang habe ich wegen dem Schock der Bombe und dem darauffolgenden Polizeiüberfall in meiner Wohnung eine Therapie gemacht. Mein Sohn zwei Jahre lang. (...) Ehemalige Bekannte und Nachbarn gingen damals und in den folgenden Jahren auf Abstand zu mir und meiner Familie. Obwohl die meisten Bewohner der Keupstraße genau wie ich dachten, dass so eine schreckliche Tat nur von Neonazis begangen worden sein konnte, vermuteten dennoch viele, wo Rauch ist, muss auch Feuer sein. Selbst Freundschaften zerbrachen. Erst seit Ende 2011 klar ist, wer wirklich hinter den Anschlägen steckt, nämlich deutsche Neonazis, kommen die Menschen langsam wieder auf mich zu. (...)*

*Die Polizei hat bei unschuldigen Menschen ihre Wohnungen und ihr Leben auseinander genommen. Ich wüsste gern, wie viele Nazi-Wohnungen 2004 durchsucht worden sind. Ich erwarte eine offizielle Entschuldigung. Ich wünsche mir, dass wir endlich als Teil dieser Gesellschaft gesehen werden. Das wünsche ich mir.*

*Mit freundlichen Grüßen.*

*(...) «* (Neues Deutschland vom 16.3.2013)

dokumentiert nach: Wolf Wetzel, Der NSU-VS-Komplex, Münster 2013

# Chronologie der NSU-Verbrechen

<p><b>1998</b></p> <p><b>18.12.</b> Raubüberfall auf einen Edeka-Laden in Chemnitz <b>1</b></p>	<p><b>19.12.</b> Bombenanschlag auf ein deutsch-iranisches Geschäft in Köln. Die Bombe detonierte am 19.01.2001 <b>6</b></p>	<p><b>2004</b></p> <p><b>25.02.</b> Ermordung von Mehmet Turgut in Rostock <b>13</b></p>
<p><b>1999</b></p> <p><b>23.06.</b> Mutmaßlicher Bombenanschlag auf die Kneipe eines türkischstämmigen Betreibers in Nürnberg <b>7</b></p>	<p><b>2001</b></p> <p><b>13.06.</b> Ermordung von Abdurrahim Özüdoğru in Nürnberg <b>7</b></p> <p><b>27.06.</b> Ermordung von Süleyman Taşköprü in Hamburg <b>8</b></p>	<p><b>14.05.</b> Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz <b>14</b></p> <p><b>18.05.</b> Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz <b>15</b></p> <p><b>09.06.</b> Nagelbombenanschlag in der Keupstraße in Köln mit mehr als zwanzig zum Teil lebensgefährlich Verletzten <b>16</b></p>
<p><b>06.10.</b> Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz <b>2</b></p> <p><b>27.10.</b> Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz <b>3</b></p>	<p><b>05.07.</b> Raubüberfall auf eine Postfiliale in Zwickau <b>9</b></p> <p><b>29.08.</b> Ermordung von Habil Kılıç in München <b>10</b></p>	<p><b>2005</b></p> <p><b>09.06.</b> Ermordung von İsmail Yaşar in Nürnberg <b>17</b></p> <p><b>15.06.</b> Ermordung von Theodoros Boulgarides in München <b>18</b></p> <p><b>22.11.</b> Versuchter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz <b>19</b></p>
<p><b>2000</b></p> <p><b>09.09.</b> Ermordung von Enver Şimşek in Nürnberg <b>4</b></p> <p><b>30.11.</b> Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz <b>5</b></p>	<p><b>2002</b></p> <p><b>25.09.</b> Raubüberfall auf eine Sparkasse in Zwickau <b>11</b></p> <p><b>2003</b></p> <p><b>23.09.</b> Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz <b>12</b></p>	<p><b>2006</b></p> <p><b>04.04.</b> Ermordung von Mehmet Kubaşık in Dortmund <b>20</b></p> <p><b>06.04.</b> Ermordung von Halit Yozgat in Kassel (Leider keine Portraitaufnahme verfügbar) <b>21</b></p> <p><b>05.10.</b> Versuchter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Zwickau <b>22</b></p> <p><b>07.11.</b> Versuchter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Stralsund <b>23</b></p>
<p><b>2007</b></p> <p><b>18.01.</b> Raubüberfall auf eine Sparkasse in Stralsund <b>24</b></p> <p><b>25.04.</b> Ermordung von Michèle Kiesewetter in Heilbronn, ein Polizist wurde lebensgefährlich verletzt <b>25</b></p>	<p><b>2011</b></p> <p><b>07.09.</b> Raubüberfall auf eine Sparkasse in Arnstadt <b>26</b></p> <p><b>04.11.</b> Raubüberfall auf eine Sparkasse in Eisenach <b>27</b></p>	



Quelle:  
Begleitband zur Ausstellung  
„Die Opfer des NSU und die  
Aufarbeitung der Verbrechen.“  
Wir danken dem ISFBB für die  
Erlaubnis zum Abdruck.